



Die Bertelsmann Stiftung hat im Herbst des vergangenen Jahres erstmals das Internationale Standort-Ranking veröffentlicht, das die Entwicklung der 21 wichtigsten Industrienationen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung ausführlich vergleicht und bewertet. Der hier vorgelegte „Standort-Check Österreich“ schreibt die Ergebnisse dieser Studie für die Alpenrepublik fort. Der Standort-Check wird regelmäßig aktualisiert und prüft, ob Österreich bei den wesentlichen Erfolgs- und Aktivitätsgrößen des Internationalen Standort-Ranking Fortschritte gemacht hat oder zurückgefallen ist.

Österreich im aktuellen Standort-Check Vorhandene Potenziale nutzen

In der ersten Jahreshälfte liegt Österreich im internationalen Standort-Ranking weiterhin im oberen Mittelfeld. Im Erfolgsindex hat sich Österreich allerdings leicht auf nunmehr 95 Punkte verschlechtert, was gleichbedeutend mit einem Abrutschen um eine Position auf Rang 8 ist. Der im Aktivitätsindex erzielte Punktwert ist dagegen mit knapp 88 Punkten nahezu konstant geblieben, so dass hier der 12. Platz unter den 21 wichtigsten Industrienationen gehalten werden konnte.

Insgesamt weist der Trend der wirtschaftlichen Performance Österreichs in den letzten Jahren leicht nach unten. Nachdem noch im Jahre 2001 mit gut 98 Punkten die Schwelle zum „grünen Bereich“ des Erfolgsindex fast erreicht war, ging es seitdem wieder ein wenig abwärts. Der Blick auf die Gesamtentwicklung sollte zwar nicht darüber hinwegtäuschen, dass in manchen Bereichen durchaus Erfolge erzielt und sogar Spitzenpositionen im internationalen Vergleich gehalten wurden. Auf anderen Gebieten besteht aber teils erheblicher Nachholbedarf.

Dynamischer Arbeitsmarkt

Im Vergleich zum Internationalen Standort-Ranking, das die Bertelsmann Stiftung im Oktober 2004 veröffentlicht hat, ist die Erwerbstätigkeit in Österreich – nach absoluten Rückgängen in den beiden Vorjahren – deutlich gestie-

gen. Fast schon traditionell erfreulich ist in Österreich auch der Blick auf die standardisierte Arbeitslosenquote: Im Jahre 2004 waren nur 4,5 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos gemeldet, wenn auch die Tendenz seit 1999 leicht ansteigend ist. Bedenkt man, dass in jeder Volkswirtschaft aufgrund friktioneller und saisonaler Effekte eine gewisse Sockelarbeitslosigkeit besteht, so kann damit in Österreich – zumindest in der Gesamtschau – nahezu von Vollbeschäftigung gesprochen werden.

Positiv sticht auch die bemerkenswert geringe Jugendarbeitslosigkeit hervor. Österreichische Jugendliche profitieren vom dualen Ausbildungsmodell, das – ähnlich wie in Deutschland – theoretisches Rüstzeug und praktische Erfahrungen während der Ausbildungszeit verknüpft. Unter anderem diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen die allgemeine Arbeitslosenquote im Jahre 2003 nur leicht übertraf, während sie in vielen anderen Ländern teilweise deutlich darüber liegt.

Aus beschäftigungspolitischer Sicht ist die hohe Flexibilität des österreichischen Arbeitsmarktes hervorzuheben. Aufgrund des äußerst lockeren Kündigungsschutzes wird es den Unternehmen leicht gemacht, sich bei Bedarf von Arbeitskräften zu trennen bzw. neue einzustellen. Ein Jobwechsel ist für Arbeitnehmer in Österreich keine

Seltenheit – Langzeitarbeitslosigkeit hingegen schon: 2003 war weniger als ein Viertel aller Jobsuchenden länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Längere Jahresarbeitszeiten pro Beschäftigtem als beispielsweise in Deutschland halten zudem die Lohnstückkosten niedrig. Die Entsenderichtlinie der EU, über die auch in Deutschland hitzig diskutiert wurde, hat die österreichische Regierung hingegen umfassend umgesetzt und auf alle Branchen ausgedehnt.

Investitionen und Einkommen steigen

Nicht nur diese Zahlen spiegeln die positive wirtschaftliche Entwicklung in der Alpenrepublik wider. Auch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in Kaufkraftparitäten) war 2004 in Österreich höher als in Großbritannien und lag auf gleichem Niveau wie das dänische BIP. Hinsichtlich Investitionstätigkeit und Streikhäufigkeit erreicht das Land ebenfalls hervorragende Ergebnisse. Mittlerweile wird nur noch in Japan seltener gestreikt als in Österreich – sicher auch eine Folge der gut funktionierenden Sozialpartnerschaft im Land.

Die Privatisierung staatlicher Betriebe wird in Österreich seit einigen Jahren verstärkt angegangen. Die als Beteiligungsgesellschaft fungierende Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) hat mittlerweile zahlreiche Staatsunternehmen erfolgreich an die Börse gebracht. Der Verkauf von Konzernen

Erfolgsindex* Sommer 2005

Veränderung des Ranges; Aktueller Punktwert und Veränderung der Punktwerte zum Herbst 2004

DIFFERENZ

Rang	Land	Veränderung	Punktwert	Veränderung	DIFFERENZ
1	Irland	(+/-)	111,7		0,6
2	USA	(+/-)	105,0		1,8
3	Neuseeland	(+2)	103,6		2,8
4	Norwegen	(+/-)	103,5		2,2
5	Australien	(-2)	101,5		0,0
6	Großbritannien	(+2)	98,2		2,6
7	Kanada	(+3)	95,3		2,4
8	Österreich	(-1)	94,9		-0,7
9	Niederlande	(-3)	92,3		-5,1
10	Dänemark	(-1)	91,7		-2,2
11	Schweiz	(+1)	90,1		2,5
12	Schweden	(-1)	90,0		-1,3
13	Japan	(+/-)	88,4		3,6
14	Belgien	(+1)	83,8		3,6
15	Griechenland	(-1)	82,2		-1,8
16	Spanien	(+2)	77,8		2,7
17	Portugal	(-1)	76,9		-0,8
18	Finnland	(-1)	75,3		-1,8
19	Italien	(+/-)	74,4		0,8
20	Frankreich	(+/-)	72,5		-1,0
21	Deutschland	(+/-)	66,0		-0,4

*Der Erfolgsindex gibt an, wie erfolgreich eine Volkswirtschaft aktuell hinsichtlich Arbeitsmarktentwicklung (gemessen an standardisierter Arbeitslosenquote und Erwerbstätigenzuwachs) und Wirtschaftswachstum (gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und Potenzialwachstum) ist.

Quelle: Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung

wie dem Stahlriesen Voestalpine oder von Teilen der Erdölgesellschaft OMV spülte mehr als fünf Milliarden Euro in die staatlichen Kassen, die zur Schuldentilgung verwendet wurden.

Kaum Chancen für Ältere

Trotz der Privatisierungsbemühungen leistet sich Österreich allerdings nach wie vor einen aufgeblähten öffentlichen Sektor, dessen Umfang etwa der Hälfte des BIP entspricht. Dies ist eines der wesentlichen Mankos der österreichischen Volkswirtschaft. Die eigentlich wünschenswerte nachhaltige Senkung der Staatsquote kommt seit Jahren nicht voran. Im Jahre 2004 zeichnete der Staat für die Hälfte aller Ausgaben verantwortlich, womit Österreich um 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der im Standort-Ranking erfassten Nationen liegt. In der Republik Irland, dem Spitzenreiter im Erfolgsindex, liegt die Staatsquote beispielsweise um 15 Prozentpunkte niedriger.

Alarmierend ist auch der Blick auf die Beschäftigungssituation älterer Menschen: In Österreich sind nicht einmal 30 Prozent der 55- bis 64-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt aktiv, während beispielsweise in der

Schweiz zwei Drittel dieser Altersgruppe in Arbeit sind oder Arbeit suchen. Vor diesem Hintergrund ist es umso bedenklicher, dass trotz der geringen Arbeitsmarktpartizipation Älterer die Arbeitslosenquote der 55- bis 64-Jährigen um fast 2 Prozentpunkte höher als die allgemeine Arbeitslosenquote liegt; nirgendwo sonst ist dieser Unterschied so groß.

Zudem hat die Republik als relativ exportorientiertes Land besonders unter der zuletzt lahrenden Weltkonjunktur zu leiden. Die so genannte Outputlücke, also die Abweichung des tatsächlichen BIP vom Produktionspotenzial, drückt die Platzierung Österreichs im Aktivitätsindex schon seit einigen Jahren kräftig nach unten. Für die schlechte Konjunktur dürfte allerdings nicht zuletzt auch die seit Jahren andauernde ökonomische Schwäche des größten Handelspartners Deutschland verantwortlich sein, der ca. ein Drittel der Ausfuhren Österreichs abnimmt.

Renten- und Steuerreform

Die österreichische Regierung hat sich in den vergangenen Jahren reformfreudig gezeigt. So wurde gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung eine Renten-

reform eingeleitet, welche die Rentenversicherungsträger angesichts der demografischen Herausforderungen zukunftssicher machen soll. So werden nun nicht mehr nur die 15 Arbeitsjahre mit dem höchsten Verdienst, sondern die gesamte Lebensarbeitszeit als Basis für die Berechnung der individuellen Rentenhöhe angesetzt. Außerdem wurde das allgemeine Renteneintrittsalter auf 65 Jahre angehoben. Belastet werden somit weniger die aktuellen als vielmehr die künftigen Rentner, welche sich auf bis zu 25% niedrigere Pensionsbezüge einstellen müssen. Für die Zukunft ist zudem geplant, die beiden Alterssicherungssysteme für Angestellte und Beamte zu harmonisieren.

Diese Einschnitte sorgten für intensive gesellschaftliche Auseinandersetzungen, welche die österreichische Sozialpartnerschaft auf eine harte Probe stellten. Dabei ist es für die Durchsetzbarkeit von Reformen von Vorteil, dass der Bundesrat als zweite Kammer des österreichischen Parlaments bei den meisten Gesetzen keine wirkliche Widerspruchsmöglichkeit besitzt, sondern nur ein aufschiebendes Veto einlegen kann. Zurzeit

wird sogar über eine noch weitergehende Kompetenzverschiebung zugunsten des Bundes verhandelt, wobei die Vorschläge bis hin zu einer völligen Abschaffung des Bundesrates reichen.

Des Weiteren hat die Mitte-Rechts-Regierung unter Ministerpräsident Schüssel das Steuersystem reformiert. Die Körperschaftsteuer wurde von 34 auf 25 Prozent gesenkt, womit sich Österreich nicht zuletzt für den Standortwettbewerb mit den neu hinzugekommenen EU-Mitgliedsstaaten im Osten fit machen will. Statt fünf gibt es nun nur noch drei verschiedene Steuersätze bei der Einkommensteuer (23, 33,5 und 50 Prozent). Zur Gegenfinanzierung dieser Maßnahmen nimmt die Regierung allerdings einen Anstieg des staatlichen Budgetdefizits in Kauf. Dementsprechend konnten in jüngerer Zeit auch keine Erfolge bei der Bekämpfung der Staatsverschuldung erzielt werden, die seit Jahren um die 70 Prozent-Marke pendelt.

Schulden abbauen

Österreich hat auf vielen Gebieten den richtigen Weg eingeschlagen, auch wenn

sich die Erfolge mancher Neuerungen erst in einigen Jahren zeigen werden. Der Reformwille der Regierung erscheint zudem nach wie vor ausgeprägt. Das ist auch angebracht, denn es besteht weiterhin auf vielen Gebieten Handlungsbedarf. Wünschenswert wäre es z.B., das vergleichsweise komplizierte Steuerrecht zu vereinfachen. Dies würde den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiver machen, Investitionen anziehen und so neue Arbeitsplätze schaffen. Das von der Regierung ausgegebene Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts bis zum Jahre 2008 ist zu begrüßen. Um es auch tatsächlich zu erreichen, wird es jedoch größerer Anstrengungen bedürfen, als allein die verbliebenen Beteiligungen der ÖIAG zu verkaufen. Staatliche Ausgabenkürzungen und eine Verschlinkung der Aktivitäten der öffentlichen Hand müssen hinzukommen, um die Staatsquote deutlich und nachhaltig zu senken und privatwirtschaftlichem Engagement mehr Raum zu lassen.

Mehr Beschäftigung für Ältere schaffen

Im Bereich Arbeitsmarkt sollte vor allem der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Belastung der Sozialkassen durch die Alterung der Gesellschaft könnte stark verringert werden, wenn man für die älteren Arbeitnehmer stärkere Beschäftigungsanreize setzt und gleichzeitig ihre Beschäftigungsmöglichkeiten verbessert. Dazu würde beispielsweise gehören, die Möglichkeiten zur Frühverrentung – wie im Rahmen der Rentenreform geplant – weiter konsequent einzuschränken. Zudem sollte die – sowohl im öffentlichen Bereich als auch in der Privatwirtschaft übliche – Kopplung der Löhne und Gehälter an das Lebensalter abgeschafft werden.

Insgesamt sind in Österreich aber bereits wichtige Weichen für nachhaltiges Wachstum und ein Bestehen im schärfer werdenden internationalen Wettbewerb gestellt worden. Österreich – erst seit 1995 Vollmitglied der Europäischen Union – hat gute Chancen, einer der Gewinner der EU-Erweiterung auf 25 Mitglieder zu werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der Reformemfer aufgrund der bereits erreichten Erfolge in Bezug auf die noch verbliebenen Probleme nicht wieder erlahmt.

Aktivitätsindex* Sommer 2005

Veränderung des Ranges; Aktueller Punktwert und Veränderung der Punktwerte zum Herbst 2004				DIFFERENZ
1	Neuseeland	(+1)	103,8	2,7
2	Australien	(-1)	103,6	0,4
3	Schweiz	(+2)	100,1	4,8
4	Irland	(-1)	97,6	0,4
5	Norwegen	(+1)	95,3	0,5
6	USA	(-2)	95,3	-1,3
7	Kanada	(+/-)	94,7	1,0
8	Großbritannien	(+/-)	92,2	-0,5
9	Japan	(+/-)	91,1	2,5
10	Dänemark	(+1)	90,2	2,4
11	Niederlande	(+2)	88,1	1,9
12	Österreich	(+/-)	87,7	1,2
13	Schweden	(+1)	84,1	-1,8
14	Finnland	(+3)	83,4	1,3
15	Spanien	(+/-)	82,4	-3,1
16	Belgien	(+2)	82,3	1,1
17	Deutschland	(+3)	80,9	4,1
18	Portugal	(-8)	80,3	-8,0
19	Griechenland	(-3)	78,3	-3,9
20	Frankreich	(-1)	78,2	1,4
21	Italien	(+/-)	68,7	0,2

* Der Aktivitätsindex resultiert aus den maßgeblichen Einflussgrößen für Wachstum und Beschäftigung und dient als Frühindikator für den Erfolg wirtschaftspolitischen Handelns. Der Index umfasst 12 Variablen: Altersarbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote jeweils in Abweichung von der allgemeinen Arbeitslosenquote, Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit, Partizipationsrate am Arbeitsmarkt, Staatsanteil am BIP, Anteil der Staatsverschuldung am BIP, marginale Belastung mit Steuern und Abgaben von Geringverdienern, Auslastung der Produktionskapazitäten, Investitionsanteil am BIP, Umfang der Teilzeitarbeit, Ausmaß der Lohnzurückhaltung und Streikquote.

Quelle: Bertelsmann Stiftung

BertelsmannStiftung

Zusammensetzung des Standort-Checks

Maßstab für die wirtschaftliche Beurteilung eines Landes im Internationalen Standort-Ranking, wie auch im Standort-Check der Bertelsmann Stiftung ist zum einen der „Erfolgsindex“, zum anderen der „Aktivitätsindex“. Ersterer gibt an, wie erfolgreich eine Volkswirtschaft in Bezug auf Arbeitsmarktentwicklung und Wirtschaftswachstum im Vergleich zu den anderen Ländern ist. Ergänzend dazu erfasst der Aktivitätsindex wichtige Erklärungsgrößen für die Beschäftigungssituation und die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Die beiden Indizes setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

Erfolgsindex	Aktivitätsindex		
Beschäftigung:	Arbeitsmarkt:	Konjunktur und Staat:	Wirtschaft und Tarifparteien:
Arbeitslosenquote (-) Erwerbstätigenzuwachs (+)	Langzeitarbeitslosigkeit* (-) Jugendarbeitslosigkeit** (-) Altersarbeitslosigkeit** (-) Partizipationsrate (+)	Staatsanteil am BIP (-) Staatsverschuldung (-) Grenzabgabenbelastung (-) Konjunktur (+)	Investitionsanteil am BIP (+) Teilzeitbeschäftigung (+) Lohnzurückhaltung (+) Streikquote (-)
Wachstum:	*) Anteil an allen Arbeitslosen **) Differenz zu allgemeiner Arbeitslosenquote		
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (+) Potenzialwachstum (+)			

[Bewertung in Klammern, (+) = positiver Einfluss (-) = negativer Einfluss]

Zur Veranschaulichung der Ergebnisse werden die Originaldaten in Punktwerte zwischen 0 und 120 umgerechnet, wobei 120 den besten, nur theoretisch erreichbaren Wert darstellt. Benchmark für jede Einzelgröße ist der Mittelwert der jeweils besten drei Länder in dem betreffenden Jahr. Der erreichte Punktwert jedes einzelnen Landes ergibt sich jeweils daraus, wie weit das betreffende Land von diesem

Benchmark entfernt ist. Maßstab hierfür ist die Standardabweichung, also die durchschnittliche Streuung der Länderwerte um die betreffende Kenngröße. Die Punktwerte werden danach wie folgt eingeteilt:
- ungefährdeter oder „grüner“ Bereich (100 bis 120 Punkte): Die Abweichung des entsprechenden Landes vom Benchmark beträgt nicht mehr als die einfache Standardabweichung.

- Warnbereich oder „gelber“ Bereich (80 bis 100 Punkte): Das Land liegt um mehr als die einfache, aber weniger als die doppelte Standardabweichung unter dem Durchschnitt der besten drei Länder.
- Alarmbereich oder „roter“ Bereich (unter 80 Punkte): Das Land liegt um mehr als die zweifache Standardabweichung unter dem Benchmark der besten drei Länder.



Das Internationale Standort-Ranking vergleicht die 21 wichtigsten Industrienationen in den Zielbereichen Arbeitsmarkt und Wachstum. Auf Basis neuester OECD-Daten werden dazu für jedes der 21 Länder ein Erfolgs- und ein Aktivitätsindex berechnet.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
**Internationales
Standort-Ranking 2004**
Wachstum und Beschäftigung

2004, 160 Seiten, Broschur
20,- € / sFr. 35,10
ISBN 3-89204-777-4

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256, 33311 Gütersloh
Tel.: 05241 8181-581, Fax: 05241 8181-982
www.bertelsmann-stiftung.de

Ansprechpartner:
Eric Thode
eric.thode@bertelsmann.de
Dr. Thorsten Hellmann
thorsten.hellmann@bertelsmann.de

Autoren:
Prof. Dr. Ulrich van Suntum
vansuntum@insiwo.de
Dipl.-Volksw. Christian Dorenkamp
dorenkamp@insiwo.de

Gestaltung:
Nadine Humann
nadine.humann@bertelsmann.de

Druck: Höner Druck, Gütersloh